

23.11.2023 – 11:53 Uhr

Europäisches Parlament verbessert Regeln zur Recyclingfähigkeit von Verpackungen, geht gleichzeitig aber einen riskanten Kompromiss zum Rezyklatgehalt ein



Düsseldorf (ots) -

Gestern hat das Europäische Parlament über seine Position zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) abgestimmt. "Dies ist ein **wichtiger und lang erwarteter Schritt im Gesetzgebungsverfahren**. Durch diese Abstimmung kommen wir der Finalisierung eines Textes näher, der die Art und Weise, wie wir Produkte verpacken, für die nächsten Jahrzehnte verändern wird", erklärt Guido Aufdemkamp, Executive Director von Flexible Packaging Europe (FPE).

Flexible Packaging Europe, der Verband, der die Hersteller von flexiblen Verpackungen aus verschiedenen Materialien vertritt, begrüßt die Verbesserungen des ursprünglichen Vorschlags der Kommission in mehreren Punkten. Zum Beispiel:

- **Klarere Fristen für die Anforderungen an die Wiederverwertbarkeit** von Verpackungen werden es der Industrie ermöglichen, das Verpackungsdesign an die Anforderungen anzupassen. Zudem können so die entsprechenden Infrastrukturen für die Sammlung und das Recycling ausgebaut werden.
- **Notwendige Ausnahmen von den spezifischen Vorgaben zur Wiederverwendung von flexiblen Transportverpackungen, die in direktem Kontakt mit Lebensmitteln verwendet** werden (z.B. aseptische Beutel, gefüllt mit Tomaten oder Püree, als Innenauskleidung starrer wiederverwendbarer Behälter), gewährleisten den sicheren Transport von Lebensmitteln in der EU. Durch sie werden Lebensmittelabfälle und Emissionen reduziert, Kontaminationen vermieden und die Wiederverwendung starrer Behälter ermöglicht.

Die EU-Mitgliedstaaten müssten nach dem neuen Vorschlag außerdem ihre Bemühungen um die getrennte Sammlung von Verpackungen verstärken, und so das Recycling von Verpackungen erleichtern. Leider blieben die Trennung und Sortierung von Abfällen, die nicht bereits getrennt gesammelt werden, für die Mitgliedstaaten nur freiwillig. Das heißt, dass ein Teil der wiederverwertbaren Verpackungsmaterialien nicht erfasst werden wird.

Teile des aktuellen Entwurfs für die Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) sind nach wie vor herausfordernd. Hier fällt insbesondere das neue Verbot der Recyclingfähigkeitsklasse D auf. Dieses könnte Innovationen behindern und erhebliche Auswirkungen auf verschiedene Verpackungsformate haben. Im aktuellen Entwurf fehlen auch Schutzklauseln, die bei verschiedenen Risiken greifen würden. So können ein Lieferengpass an recyceltem Plastik, festgestellte Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier, ein Problem mit der Lebensmittelsicherheit oder andere Umwelteinflüsse zu einem Risiko für die Versorgung mit verpackten Waren, insbesondere Lebensmitteln, führen. Die Auswirkungen des Verbots betreffen vor allem kleine und mittlere Unternehmen.

Ebenso besorgniserregend ist die Entscheidung des Europäischen Parlaments, eine vollständige Harmonisierung der PPWR abzuschwächen. Den Mitgliedstaaten wird z. B. die Freiheit eingeräumt, strengere nationale Maßnahmen zu erlassen, die über die Vorgaben der PPWR hinausgehen. Insbesondere dadurch werden viele Unsicherheiten beim grenzüberschreitenden Vertrieb von Waren entstehen. **Die Industrie benötigt einen starken Binnenmarkt und eine einheitliche Gesetzgebung in der gesamten EU, um zu funktionieren.**

Es ist nun Aufgabe des Europäischen Rates, dafür zu sorgen, dass diese verbleibenden Fragen und Bedenken in den

interinstitutionellen Verhandlungen angemessen behandelt werden.

"Die Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle bedeutet eine große Chance, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und die gesamten Umweltauswirkungen von Produktion und Verbrauch von Verpackungen sowie verpackten Waren zu verringern. Insbesondere, indem die verwendeten Ressourcen minimiert und die Recyclingfähigkeit verbessert wird, kann viel für eine nachhaltigere Zukunft getan werden", so die Einschätzung von Guido Aufdemkamp. "**Flexible Packaging Europe freut sich auf die nächsten Schritte des Gesetzgebungsverfahrens**, insbesondere der Position des Europäischen Rates, die bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll. Wir werden weiterhin unser Fachwissen mit den politischen Entscheidungsträgern teilen und sie dabei unterstützen, eine ehrgeizige und durchsetzbare Vereinbarung über die PPWR zu erreichen."

Pressekontakt:

Patrick Altenstrasser, Manager Communications (altenstrasser@flexpack-europe.org)

Medieninhalte



Voting in Plenary / Weiterer Text über ots und www.presseportal.de/nr/150903 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100097222/100913772> abgerufen werden.